

Protokoll
des Grossen Gemeinderates von Spiez
Sitzung Nr. 188 vom 27. Februar 2006, 17.30 Uhr,
im Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz		Nyffenegger Ulrich
Anwesende Mitglieder	EDU	Gradwell Barbara Schmid Rudolf
	EVP	Bärtschi Godi Erni Ursula Bürki Andreas
	FDP	Gurtner Urs Hautle Ernst Lanz Daniel Sennhauser Franz (ab 17.40 Uhr)
	FS	Hürlimann Christoph Hürlimann Evi Indermühle Theres Schafroth Gerhard
	GFL	Aegerter Klaus Büchi Anna
	JL	Keiser Nadja
	SP	Baumann Eliane Grandjean Irma Hauck Annina Hauck Bernhard Holderegger Walter Knöpfel René (ab 17.45 Uhr) Niklaus Stefan Nyffenegger Ulrich Thöni Astrid Wytttenbach Manfred Zybach Ursula
	SVP	Bercher Heinz Bircher Willi Briggen Willi von Känel Kurt Kislig Peter Marty Daniel Mühlematter Christine Müller Paul Roe Marianne

Anwesend zu Beginn	34 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig	
Jugendrat	Zimmermann Philipp Dunkelmann Daniel	
Sekretär	Sigrist Konrad	
Protokollführer	Zürcher Adrian	
Presse	Maurer Hans Peter Peternell Svend Gerber Stefanie	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	ca. 25 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Arnold Franz, Gemeindepräsident Brenzikofer Klaus Frei Kurt von Känel Jacqueline Kocher Corina Kocherhans Stefan Zaugg Christian	SP SVP SP SP EVP FDP FS

E r ö f f n u n g

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Vertreter des Jugendrates, den Sekretär, den Protokollführer und die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie den externen Berater NPM, Ueli Seewer, zur 188. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Ein erster Höhepunkt als GGR-Präsident war der Empfang von Olympiasiegerin Maya Pedersen-Bieri in Hondrich vom 19. Februar 2006. Dies war ein tolles Ereignis nicht nur für Hondrich, sondern für ganz Spiez. Mit dieser Goldmedaille wird der Name unserer Gemeinde in die ganze Schweiz und sogar über die Grenzen getragen. Mit diesem Medallensegen war nicht nur Spiez Sieger, sondern das ganze Berner Oberland. Vor allem die Region Thunersee hat mit zwei Goldmedaillen und einer Bronzemedaille den Kern des Erfolges gebildet. Dazu kommt noch der FC Thun, welcher international mit Superleistungen auf sich aufmerksam gemacht hat. Es ist zu hoffen, dass diese sportlichen Erfolge unserer Region den entsprechenden Nutzen bringen. Nach den tragischen Ereignissen des letzten Jahres mit den grossen Unwettern ist zu hoffen, dass dieses Jahr weiterhin positive Meldungen verzeichnet werden können.

Ratsbetrieb

Pro Jahr hält der GGR nur fünf Sitzungen ab, wo alle Geschäfte beraten werden müssen. Dies heisst, dass nur sehr wenig Zeit für die Beratungen zur Verfügung steht. Deshalb werden die Mitglieder gebeten, sich bei den Argumentationen kurz zu fassen und auf Wiederholungen zu verzichten. Andererseits sind wir verpflichtet, die Beratungen ernsthaft zu führen, offen zu sein für neue Argumente und Wege. Vor neun Jahren wurde der Vorsitzende als neues GGR-Mitglied noch von Regierungsstatthalter Klaus Baur vereidigt. Dieser gab damals folgendes mit auf den Weg: Der Wille und die Kraft und die nötige Ausdauer um gemeinsam im Interesse für die Gemeinde Spiez als Ganzes zu politisieren und bei allen Beschlüssen Lösungen zu suchen, welche der gesamten Bevölkerung dienen und zukunftsgerichtet sind. Persönliche Interessen sind dem Gemeinwohl unterzuordnen. Der Eid ist heute nicht mehr nötig, geblieben ist aber die Verantwortung. Insbesondere wenn es um das Suchen von neuen Lösungen geht.

Der Rat ist zum Beraten da. Er ist nicht dazu da, Beschlüsse nachzuvollziehen, welche bereits vorgängig in den Medien veröffentlicht wurden. Er bittet deshalb die Fraktionen und auch die Medien in Zukunft auf vorweggenommene Beschlüsse zu verzichten. Dies behindert eine unvoreingenommene Beratung hier im GGR. Eine Meinungsänderung aufgrund neuer Argumente oder Anträge ist nach vorgängiger Meinungsäusserung in der Presse schwierig. Dazu besteht die Gefahr, dass in den Fraktionen nicht mehr unterschiedliche Meinungen vertreten werden und dies würde zu einem unerwünschten Blockdenken führen. Wir wollen Lösungen, welche pragmatisch sind und nicht vorher in der Zeitung veröffentlicht werden. Gegen eine neutrale Darstellung der Geschäfte in den Zeitungen ist nichts einzuwenden. Bei unbestrittenen Geschäften kann auf eine eingehende Beratung verzichtet werden. In diesem Sinn ist in diesem Jahr auf spannende und konstruktive Beratungen zu hoffen, welche Lösungen im Interesse des Gemeinwohls bringen und zukunftsgerichtet sind. Er wird versuchen, seinen Verpflichtungen als GGR-Präsident nachzukommen und wird sein Bestmögliches für einen guten Ratsbetrieb geben.

T r a k t a n d e n l i s t e

1. Teil

- Orientierung NPM durch den externen Berater U. Seewer

2. Teil

1. 61/06 Protokoll der Sitzung vom 28. November 2005
2. 62/06 Ersatzwahlen
 - Geschäftsprüfungskommission
 - Sportkommission
3. 63/06 Teilrevision Gemeindeordnung / 1. Lesung
4. 64/06 Überbauungsordnung Nr. 2.21.1 Bären Spiezwiler mit Zonenplanänderung / Verabschiedung z. H. Volksabstimmung
5. 65/06 Neubau Bibliothek/Ludothek / Verpflichtungskredit von Fr. 3'400'000.-- z. H. Volksabstimmung
6. 66/06 Informationen des Gemeindepräsidenten
7. 67/06 Einfache Anfragen
 - a) Beantwortung der EA U. Gurtner (FDP) betr. Belag Kronenkreisel
 - b) Beantwortung der EA G. Bärtschi (EVP) betr. Parteienfinanzierung
 - c) Neue Einfache Anfragen
8. 68/06 Behandlung parlamentarischer Vorstösse
 - Motion W. Holderegger (SP) betr. Erweiterung Kernzone
9. 69/06 Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

Verhandlungen

1. Teil

Orientierung NPM

Gemeindepräsident Franz Arnold und Ueli Seewer, externer Berater, orientieren die GGR-Mitglieder über das Projekt NPM Spiez.

Diskussion

Daniel Lanz: Er wirft die grundsätzliche Frage auf, NPM Ja oder Nein? Dies ist zwar nicht traktandiert, aber es ist dringend über diese Frage zu diskutieren. Wir wissen nun zwar etwas mehr über NPM als bei der Überweisung der Motion. Der Motionär hatte damals das Ziel, die Kosten im Verwaltungsaufwand zu senken. Seither wird NPM schrittweise eingeführt. Es ist dringend an der Zeit einen Marschhalt einzulegen und sich zu überlegen, ob wir wissen, was wir uns mit NPM aufladen. Bei einem Nein müssen jetzt Korrekturen vorgenommen werden. Es ist wichtig, jetzt zu reagieren. Lieber spät als zu spät. Es ist aufgefallen, dass beim Erarbeiten von Produktedefinitionen im Sinne von Offerten das Problem auftaucht, dass die Gemeinde in gewissen Bereichen ein Monopol hat und ein Offertvergleich deshalb nicht möglich ist. Ein weiterer wichtiger Punkt ist bei der GPK respektive den Sachkommissionen. Dort wird die grösste Arbeit anfallen. Die in den Sachkommissionen vertretenen GGR-Mitglieder müssen die Geschäfte im Detail kennen und prüfen. Dieser Aufwand darf nicht unterschätzt werden. Diese fünf Sachkommissionen bestehen aus jeweils drei GGR-Mitgliedern. Diese werden proportional zur Wählerstärke aufgeteilt. Das heisst, ein Sitz SP, ein Sitz SVP und ein Sitz geht an eine der kleineren Parteien. Diese drei Personen haben eine sehr grosse Verantwortung und müssen einen grossen fachlichen Aufwand treiben. Im GGR wird man nicht mehr in der Lage sein, sich überall in die Details zu vertiefen. Die ständigen Kommissionen verlieren an Gewicht und führen nur noch aus. Er hat grösste Bedenken, dass hier die richtigen Entscheide gefällt werden. Er ist persönlich nicht davon überzeugt, dass man auf dem richtigen Weg ist. Er kommt sich vor, wie ein Zauberlehrling, welcher die Geister nicht mehr los wird, die er gerufen hat. Man sollte ehrlich genug sein, sich dieser Frage zu stellen. Die Verwaltung schreibt Überstunden, um den administrativen Mehraufwand zu bewältigen. In der Gemeindeordnung hat es viele umstrittene Punkte und schlussendlich kann die Mehrarbeit in den Sachkommissionen nur erahnt werden. Er möchte deshalb diese Grundsatzfrage ausserhalb der Traktandenliste hier diskutieren. Ansonsten hätte er eine entsprechende Motion bereit. Er möchte aber informell den Puls spüren. Er hat dannzumal für die Einführung des NPM gestimmt. Heute würde er dagegen stimmen, da er überzeugt ist, dass sich die Verwaltung nicht in Formalismus üben sollte, sondern Baugesuche behandeln soll und für die Bürger da sein. Er ist gespannt auf die Voten zu diesem generellen Thema.

Franz Arnold: Es ist Sinn und Zweck hier grundlegend über dieses Thema zu sprechen. Es gibt nirgends ein „pfannenfertiges“ NPM-Modell, welches eins zu eins übernommen werden kann. Verschiedene Gemeinden haben sich oder befassen sich noch mit NPM. Die perfekte Lösung gibt es nicht, deshalb sprechen wir vom „Modell Spiez“. Der Gemeinderat hat den Auftrag des GGR entgegengenommen und versucht nun das Projekt engagiert umzusetzen. Die Formulierung von Daniel Lanz, dass sich die Verwaltung selber beschäftigt, stimmt nicht. Es wird versucht, mittels Vorschlägen den Informationsgehalt zu erhöhen, damit nicht über das Geld, sondern die Wirkung gesteuert werden kann. Das Geld spielt immer noch eine Rolle, wird jedoch begrenzt durch die Qualität und den Umfang des Produktes. Da es sich um grundlegende Fragen handelt, wäre es gut, dass sich die Fraktionen und Einzelsprecher dazu äussern.

Heinz Bercher: Die Motion wurde seinerzeit durch die SVP-Fraktion eingereicht. Die jetzige SVP-Fraktion hat sich jedoch auch schon über dieses Thema unterhalten. Es ist wichtig zu sagen, dass die Verwaltung nicht mehr Arbeit durch NPM hat. Die Verwaltung setzt nur das um, was der GGR beschlossen hat. Er ist überzeugt, dass die Verwaltung mit oder ohne NPM sehr effizient arbeitet. Er hat gesehen, dass die Abteilungsleiter/In durch NPM erheblich beschäftigt sind. Es wird jedoch fast nach Standards gesucht, da dies vorgeschrieben ist. Es fragt sich, ob es sinnvoll ist zu messen, wie viele Anrufe eingegangen sind, weitergeleitet, sofort oder später beantwortet wurden. Die Fraktionen müssen nochmals genau über diese Frage nachdenken. Man darf einmal eine Meinung ändern, wenn man sieht, dass die Richtung nicht ganz stimmt. Den Fraktionen sollte deshalb kurz Zeit gegeben werden, um über diese Frage zu diskutieren. Wenn die Mehrheit der Ansicht ist, das Projekt zu stoppen, dann muss dies jetzt geschehen, bevor es zu spät ist.

Dem **Ordnungsantrag** von Heinz Bercher auf einen Sitzungsunterbruch wird einstimmig zugestimmt.

Pause von 18.30 - 18.40 Uhr

Godi Bärtschi (EVP): Die EVP-Fraktion möchte diese Frage nicht sofort hier behandeln, sondern anlässlich der nächsten Sitzung im Sinne einer Grundsatzdiskussion behandeln. Die EVP-Fraktion ist nicht generell gegen NPM. Es wäre ein logischer Schritt, wenn die Erfahrungen der Verwaltung und des Gemeinderates angehört werden könnten, bevor ein definitiver Entscheid gefällt wird.

Klaus Aegerter (JL/GFL): Auch die JL/GFL-Fraktion begrüsst eine Grundsatzdiskussion, welche anlässlich einer nächsten Sitzung stattfinden sollte. Man muss sich bewusst sein, dass damit auch die erste Lesung der Gemeindeordnung verschoben werden müsste. Die Vor- und Nachteile von NPM müssen gegeneinander abgewogen werden.

Manfred Wyttenbach (SP): Für die SP-Fraktion war der Unterbruch zu kurz, um einen Entscheid zu fällen. Eine Grundsatzdiskussion kann geführt werden, es kann jedoch kein Ergebnis erwartet werden. Das Geschäft ist auf eine nächste Sitzung zu traktandieren.

Christoph Hürlimann (FS): Er ist ein Verfechter von NPM und glaubt daran. Es ist aber absolut richtig, die Grundsatzdiskussion zu führen. Auch die FS-Fraktion ist der Ansicht, jetzt keinen Entscheid zu fällen und das Geschäft auf eine nächste Sitzung zu traktandieren.

Daniel Lanz (FDP): Er hat den Puls gespürt und wird deshalb nun die entsprechende Motion einreichen, damit die Diskussion geführt werden kann. Bei der Behandlung des Geschäftes Gemeindeordnung wird er Antrag auf Nichteintreten stellen. Damit kann Zeit für unnötige Diskussionen gespart werden.

2. Teil

61 P Protokoll

Sitzung vom 28. November 2005

Das Protokoll wird genehmigt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die ASKA für ihre Versäumnisse am 28. November 2005 keine Rechnung gestellt und den GGR-Mitgliedern an den heutigen Imbiss Fr. 150.-- gespendet hat.

**62 1.500 Kommissionen
Ersatzwahlen**

a) Geschäftsprüfungskommission

Ausführungen des Gemeinderates

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission wählt der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf Art. 43 Abs.1 der Gemeindeordnung
- auf Vorschlag der SVP Spiez

Frau **Jolanda Brunner**, geb. 1961, Ausbilderin FA/Hausfrau, Kirchgasse 8, 3700 Spiez. Der Amtsantritt erfolgt per 1. März 2006; die Amtsdauer endet am 31. Januar 2009.

b) Sportkommission

Ausführungen des Gemeinderates

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Als neues Mitglied der Sportkommission wählt der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf Art. 42 c) der Gemeindeordnung
- auf Vorschlag der EDU Spiez

Herr **Werner Iseli**, geb. 1952, Maschineningenieur, Chaletweg 4, 3700 Spiez. Der Amtsantritt erfolgt per sofort; die Amtsdauer endet am 31. März 2009.

63 1.12 Reglemente/Verordnungen Teilrevision Gemeindeordnung / 1. Lesung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Der Gemeinderat will dieses Geschäft, da er von NPM überzeugt ist. Die angepassten Artikel in der Gemeindeordnung stehen in einem direkten Zusammenhang mit NPM. Andere Änderungen wurden nicht berücksichtigt.

Stellungnahme der GPK

Walter Holderegger: Die GPK hat das Geschäft geprüft. Die Vernehmlassung wurde durchgeführt und der Terminplan erscheint realistisch. Einzig bei Art. 9 wollte die GPK einen Änderungsvorschlag einbringen. Es ist nun aber zu erwarten, dass das Geschäft zurückgestellt wird. Es ist wichtig, dass die Vor- und Nachteile der beiden Systeme einander gegenübergestellt werden. Damit kann eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen geschaffen werden. Die GPK ist der Ansicht, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Daniel Lanz bestreitet das Eintreten.

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold betont, dass wir alle Lernende sind. Man soll auch nicht stur bleiben. Der Gemeinderat wird keine Gegenüberstellung zwischen den beiden Modellen machen, da man weiss, wie die Verwaltung bisher funktionierte und das Modell NPM-Spiez wurde schrittweise vorgestellt. Es ist durchaus legitim, Gewisses in Frage zu stellen. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass wir eine überwiesene Motion umzusetzen haben. Es gibt Erfahrungen über NPM, diese sind jedoch nicht durchs Band weg positiv oder negativ. Es stellt sich dabei immer die Frage nach der persönlichen Wertung. Der Hauptpunkt von Daniel Lanz ist, dass der damalige Motionär davon ausgegangen ist, dass sich mit NPM Verwaltungsaufwand sparen lasse. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre, ist dies jedoch nicht zutreffend. Deshalb soll die Grundsatzdiskussion über NPM vor der Behandlung der Gemeindeordnung geführt werden. Es stellt sich die Frage, Grundsatzdiskussion Ja oder Nein.

Stellungnahme der GPK

Walter Holderegger: Die Mitglieder des GGR müssen entscheiden, ob sie auf das Geschäft eintreten wollen oder nicht.

Fraktionssprecher

Godi Bärtschi (EVP): Es ist nun logisch, auf das Geschäft nicht einzutreten, damit die Grundsatzdiskussion geführt werden kann.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Auf das Geschäft Teilrevision Gemeindeordnung wird nicht eingetreten.

Das Geschäft Überbauungsordnung Bären Spiezwiler wird zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung behandelt, da Gemeinderat Stefan Kocherhans aufgrund eines tödlichen Unfalls eines Schülers noch nicht anwesend ist.

64 5.631 Bibliothek**Neubau Bibliothek/Ludothek / Verpflichtungskredit von Fr. 3'400'000.-- z.H. Volksabstimmung****Ausführungen des Gemeinderates**

Franz Arnold: Dieses Geschäft hat bereits eine lange Geschichte. Im Jahre 2001 hat der Gemeinderat einen Kredit von Fr. 100'000.-- für die Vorbereitungsarbeiten und die Durchführung eines Wettbewerbes bewilligt. Die Eschermatte und der Einbezug des Fausterhauses wurden damals als ideal gewertet. Im Bauinventar ist das Fausterhaus als erhaltenswert eingestuft. Mit der vorgesehenen Nutzung kann das Haus dauerhaft erhalten werden. Das Projekt Fausterhaus hat viele Vorteile. Der GGR hat dann am 29. Oktober 2001 einem Projektierungskredit von Fr. 220'000.-- zugestimmt. Es war bereits damals klar, die verschiedenen Nutzungen in dieses Projekt zu integrieren (Bibliothek, Schulbibliothek, Ludothek, Archiv und Fernheizung). Der Standort Fausterhaus ist für alle Benutzer sehr gut zugänglich. Das Fausterhaus kann mit der Bibliothek einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Es werden so keine anderen Bedürfnisse für dieses Gebäude geweckt. Im Jahre 2004 wurde das Geschäft neu aufgenommen, um dieses Projekt an die Hand zu nehmen. Im August 2004 wurde vom Kanton mitgeteilt, dass die Sanitätshilfsstelle unter dem Krankenhaus aufgehoben wird und die Räumlichkeiten an die Gemeinde fallen. Die ersten Abklärungen beim Fausterhaus haben ergeben, dass der Untergrund äusserst nass und lehmhaltig ist. Ein Archiv unter dem Fausterhaus macht unter diesen Umständen keinen Sinn und wurde nicht weiterverfolgt. Das Thema Heizzentrale wurde ebenfalls aus dem Projekt gestrichen. Im Jahr 2005 wurden im Rahmen der Motion Urs Gurtner (FDP) Alternativstandorte überprüft. Schlussendlich wurde die Motion als erfüllt abgeschrieben und das Projekt Fausterhaus weiterverfolgt. Anschliessend wurde das Projekt nochmals auf Sparmöglichkeiten hin überprüft. Mit dem heute vorliegenden Kredit von Fr. 3.4 Mio. ist die Zitrone „ausgepresst“. Mit dem Projekt in dieser Gröszenordnung muss mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus 10 % gerechnet werden. Der Gemeinderat beantragt, dem hier vorliegenden Geschäft zuhanden der Volksabstimmung zuzustimmen.

Stellungnahme der GPK

Heinz Bercher: Die GPK hat das Geschäft geprüft. Dem Gemeindepräsidenten wird für die transparente Information gedankt. Die GPK hat sich auf ihren Auftrag als geschäftsprüfendes Organ besonnen und ist nicht in die politische Diskussion eingestiegen. Die GPK hat sich nur auf das Sachliche und Formelle dieses Geschäftes beschränkt. Die GPK ist der Ansicht, dass das Geschäft umfassend vorbereitet und nun dem Volk vorgelegt werden kann. Die GPK beantragt deshalb, dem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Theres Indermühle (FS): Die FS-Fraktion sprach sich von Anfang an für die Realisierung dieses Projektes auf der Eschermatte aus. Dieses Projekt ist schön und wird unserer Gemeinde gut tun. Es ist an der Zeit, dass die Spiezer Stimmberechtigten nun dazu Stellung nehmen können. Die heutige Bibliothek wurde 1980 als Provisorium am bisherigen Standort errichtet. Seit 1992 wurde dringender und immer dringenderer Platzbedarf geltend gemacht. Es ist erfreulich, dass die Benützer- und die Ausleihzahlen stetig nach oben zeigen. In der heutigen Bibliothek ist der Zuwachs aber kaum mehr verkraftbar. Man kann sich bereits heute vorstellen, wie viel angenehmer und inspirierender der Besuch in den geplanten Räumlichkeiten sein wird. Die Bücher, DVDs, CDs, etc. können viel übersichtlicher und besser präsentiert werden. Sicher werden noch mehr Leute aus Spiez und Umgebung das Angebot nützen. Die Unterbringung der Ludothek unter dem gleichen Dach ist ein weiterer Pluspunkt. Ebenfalls wichtig ist der Einbezug der Schulbibliothek Längenstein. Wir brauchen eine neue Bibliothek. Das Projekt auf der Eschermatte ist sehr schön aber leider auch teuer. Die FS-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass das Projekt finanziell tragbar ist. Der Gemeinderat hat die Kosten klar und transparent dargelegt. Die Ausgaben für den Neubau sind im Investitionsplan reserviert. Die Folgekosten sind happig. Es wird für die Gemeinde enger werden. Wir können uns aber dieses Projekt leisten. Es wird unsere Gemeinde wesentlich aufwerten. Im Jahresbericht des Präsidenten der Bibliothek steht: „Eine zukunftsfähige Bibliothek ist ein Ort, wo man sich wohl fühlt, wo möglichst viele Menschen ohne zu zögern ein- und ausgehen. Wo die Schwelle zur Information und Bildung tief ist, wo immer wieder Begegnungen mit interessanten Themen und Menschen stattfinden, wo Jung und Alt zum Lernen und Forschen animiert werden“. Die FS-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, dem Neubau der Bibliothek/Ludothek zuhanden der Volksabstimmung zuzustimmen. Es ist zu hoffen, dass die Mehrheit der Spiezer Stimmberechtigten gleich denkt und dass auch die Mehrheit des GGR der Vorlage zustimmt.

Ursula Erni: Das vorliegende Projekt hat bereits relativ hohe Kosten ausgelöst. Der geplante Neubau sieht sehr attraktiv und besucherfreundlich aus. Die Eschermatte ist aus verschiedenen Gründen ideal. Andere Standorte wurden umfassend abgeklärt. Diese Ausgangslage ist Grund genug, das Projekt der Bevölkerung nicht vorzuenthalten. Die EVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. „Den Fünfer und das Weggli“ werden wir damit nicht haben. Das Legislaturziel Schuldenabbau kann damit nicht erreicht werden. Diese Investition wird jedoch einem Grossteil der Spiezer Bevölkerung entsprechen und auch im Interesse der Jungen liegen. In Bildung zu investieren ist ein hohes Gut. Es können längstens nicht mehr alle Familien und Einzelpersonen immer wieder neue Medien und Spielsachen anschaffen. Viele sind froh für diese Ausleihmöglichkeiten. Auch als Alternative zur Wegwerfmentalität. Sozialpolitisch macht diese Investition Sinn und geht in die richtige Richtung. Die Bevölkerung hat sich bei Umfragen immer wieder geäußert, dass sie sich im Zentrum einen Ort wünschen, wo sich Jung und Alt treffen können. Dieser Vision sind wir mit diesem Projekt einen Schritt näher gekommen. Gleichzeitig können die prekären Platzverhältnisse bei den Bibliotheksanlässen verbessert werden. Es ist nicht im Sinne von SPIEZaktiv, wenn Spiezerinnen und Spiezer auf die Bibliothek in Thun ausweichen. Im Gegenteil sollten wir uns eine attraktive, zeitgemässe Bibliothek/Ludothek leisten, welche eine grosse Anziehungskraft über unser Dorf hinaus hat. Auswärtige Benutzer werden vielleicht noch einen Einkauf in Spiez tätigen oder ein Restaurant besuchen. Fazit: „Wer nichts wagt, gewinnt auch nichts“.

René Knöpfel (SP): Die Gemeinde Spiez ist uns etwas wert. Die SP-Fraktion hat sich umfassend mit diesem Projekt auseinandergesetzt. Es fanden auch Gespräche mit Vertretern der Bibliothek statt. Die Bibliothek besitzt ca. 18'000 Medien. Davon sind ca. 4'500 Medien im Besitz der Schulbibliothek Längenstein. Würde die Bibliothek nicht in unmittelbarer Nähe des Schulzentrums Längenstein positioniert, müsste ein neuer Standort für die Schulbibliothek gesucht werden. Es ist u.a. mit einer Studie belegt, dass Schulkinder, welche auf ihrem Schulweg nicht unmittelbar neben einer Bibliothek durchfahren, dieses Angebot deutlich weniger in Anspruch nehmen (Pisa lässt grüssen). Das Projekt Fausterhaus würde in vielen Bereichen

die Bedürfnisse des Medienunterrichtes auf allen Stufen der Spiezer Schulen abdecken. Am heutigen Standort ist dies nur sehr beschränkt möglich. Die Zusammenlegung der Biblio- und der Ludothek bringt der Spiezer Bevölkerung einen gemeinsamen Begegnungsort. Die Kleinkinder können in der Ludothek ab dem zweiten Lebensjahr Spielsachen ausleihen. Mit zunehmendem Alter leihen sie Bilder-, Lesebücher aus und werden später mit anderen Medien konfrontiert. Vorschulkinder kommen so früher in den Kontakt mit Lesebüchern. Es würde ein sozialer und kultureller Treffpunkt geschaffen, welcher auch zu einem verbesserten Ortsmarketing beitragen würde. Die Kosten von Fr. 3.4 Mio. sind auch für die SP-Fraktion viel Geld. Dieser Betrag muss aber dem Gegenwert des Projektes gegenübergestellt werden. Beim Bau des Gemeindezentrums Lötschberg war die Gemeinde wahrscheinlich auch nicht auf Rosen gebettet, trotzdem wurde es gebaut. Heute haben wir einen Saal, welcher über die Kantons-, vielleicht sogar über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist. Eine attraktive Bibliothek würde mit Sicherheit über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Legislaturziele Schuldenabbau und Steuersenkung mit diesem Projekt erschwert werden. Aber wissen wir, wie die finanziellen Verhältnisse in zwei bis drei Jahren aussehen? In den Legislaturzielen steht unter dem Ressort Kultur auch die Schaffung des nötigen Raumangebotes für die Regionalbibliothek. Das Projekt ist ebenfalls seit längerer Zeit im Finanzplan enthalten. Von der FDP-Fraktion kann jeweils zwei- bis dreimal pro Jahr vernommen werden, dass Schulden abgebaut und die Aufwände der laufenden Rechnung reduziert werden sollten. Dies ist an und für sich nicht schlecht. Hier geht es jedoch um Bildung, dies ist auch Kapital. Es stellt sich nun die Frage, welchem Ziel das höhere Gewicht beigemessen wird. Ein Um- und Neubau des Fausterhauses zum heutigen Zeitpunkt schliesst eine Überbauungsordnung der Eschermatte nicht aus. Vor kurzem konnte von einer Bibliothekarin vernommen werden, dass es neben den zweibeinigen auch vierbeinige Leseratten in der Bibliothek gebe. Es soll deshalb den zweibeinigen Leseratten eine neue, helle und freundliche Bibliothek gebaut werden. Die vierbeinigen Leseratten sollen ausgerottet werden.

Christine Mühlematter (SVP): Die SVP-Fraktion hat grundsätzlich nichts gegen eine neue Bibliothek einzuwenden, aber nicht um jeden Preis. Es soll nun aber eine Entscheidung gesucht und das Geschäft den Stimmberechtigten vorgelegt werden. Diese sollen entscheiden, ob man die Bibliothek will oder nicht. Sie müssen letztlich auch die finanziellen Konsequenzen tragen. Die SVP-Fraktion setzt sich grossmehrheitlich gegen das Projekt ein, da wir uns dies nicht leisten können. Die Investitionskosten wären noch verkraftbar, wenn man bereit ist, das Legislaturziel Schuldenabbau zu opfern. Die Folgekosten betragen für die nächsten 10 Jahre rund Fr. 395'000.-- pro Jahr. Zusätzlich muss der jährliche Beitrag an den Verein Bibliothek von Fr. 70'000.-- noch erheblich erhöht werden. Somit betragen die Folgekosten rund Fr. 500'000.-- pro Jahr. Damit wird der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinde stark eingeschränkt. Dies ist gegen das Legislaturziel, welches einen höheren finanziellen Handlungsspielraum vorsieht. Es stellt sich die Frage, warum man sich solche Ziele steckt, wenn diese bei nächstbesten Gelegenheit verworfen werden. Sind wir als Gemeindebehörde so noch glaubwürdig gegenüber den Stimmberechtigten, wenn man ständig vom Sparen spricht und bei erstbesten Gelegenheit neue Ausgaben beschliesst? Die SVP-Fraktion spricht sich grossmehrheitlich gegen dieses Projekt aus.

Urs Gurtener (FDP): Die Haltung der FDP-Fraktion wurde bereits vor 10 Tagen in der Zeitung veröffentlicht. In Zukunft wird die FDP auf Presseanfragen zurückhaltender reagieren und die öffentliche Diskussion auf den GGR konzentrieren. Es geht nicht um die Frage Bibliothek Ja oder Nein. Es geht darum, wie dies der Präsident des Vereins Bibliothek im Jahresbericht ausführt, welchen Stellenwert die Bibliothek/Ludothek in Zukunft haben soll. Die FDP-Fraktion kann sich mit dieser Fragestellung einverstanden erklären, hat aber andere Massstäbe, was den Stellenwert betrifft. Bildungs- und Kulturpolitik hat absolut ihren Platz, aber es gibt auch noch Gesellschafts-, Sozial-, Familien- und Finanzpolitik. Für die Einführung von Blockzeiten und Tagesschulen sind heute in unserer Gemeinde keine Investitionen und Beiträge vorgesehen. Für die Kindertagesstätte leisten wir uns einen Defizitbeitrag von Fr. 200'000.--, wobei ein grosser Teil dieses Geldes via Lastenausgleich wieder an die Gemeinde zurückfliesst. Des-

halb findet es die FDP-Fraktion absolut unverhältnismässig, den Aufwand für die Bibliothek/Ludothek derart massiv zu erhöhen. Am Schluss könnte so die laufende Rechnung bis Fr. 500'000.-- pro Jahr belastet werden. Gleichzeitig ist nichts eingeplant für Blockzeiten, Tagesschulen und Kindertagesstätten. Das vorliegende Projekt ist bei der aktuellen Finanzlage unserer Gemeinde nicht zu verantworten und muss storniert werden. Die FDP-Fraktion glaubt nicht, dass Steuergelder mit der teuren Sanierung des fragwürdig erhaltenen Fausterhauses gut investiert sind. Dem Heimatschutz und der Denkmalpflege wurde mit der Renovation des Gemeindehauses und der Sanierung des Schulhauses Spiezmoos bereits deutlich Rechnung getragen. Vom ursprünglichen Projekt besteht nur noch die Bibliothek/Ludothek. Die Kosten blieben jedoch fast gleich hoch. Es stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, in eine so grosse Bibliothek mit integrierter Schulbibliothek zu investieren, wenn wir genau wissen, dass die Schülerzahlen in den nächsten Jahren massiv zurückgehen werden und wir möglicherweise im Schulzentrum Längenstein leere Schulräume haben werden. Das Schulhaus Räumli wird spätestens im Jahr 2014 zum Problem. Dann läuft der Mietvertrag mit dem Kanton ab. Diese Hypothek Räumli ist die FDP-Fraktion nicht bereit, noch mit dem Neubau Bibliothek aufzustocken. Der Neubau ist zwar richtigerweise im Investitionsplan vorgesehen, aber die Folgekosten sind schlichtweg enorm. Ein moderner, zweckmässiger Neubau wäre am bisherigen Standort wesentlich günstiger zu realisieren. Die Behandlung seiner Motion hat ausserdem gezeigt, dass es Alternativen in Spiez gibt und wahrscheinlich noch geben wird. Auch wenn erhebliche Kosten für die Projektplanung abgeschrieben werden müssen, hält die FDP-Fraktion an den Legislaturzielen fest und will nicht, dass diese wegen einem überdimensionierten Wunschprojekt über Bord geworfen werden. Trotzdem werden wahrscheinlich die Stimmberechtigten das letzte Wort haben. Dies ist gut so, denn bekanntlich hat der Souverän ein gutes Gespür und ist kritisch gegenüber Grossinvestitionen mit Steuergeldern. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates nicht zustimmen.

Klaus Aegerter (JL/GFL): Man kann nun gespannt auf die Meinung der JL/GFL-Fraktion sein, da in der Zeitung nichts darüber stand. Die JL/GFL-Fraktion spricht sich für den Neubau Bibliothek/Ludothek aus. Die Investition ist gross, aber im Investitionsplan enthalten. Die Folgekosten sind zwar gross, aber es ist an der Zeit für die Bibliothek eine wesentlich bessere Lösung zu finden. Es ist ein teures Projekt, wird aber unseren Ort aufwerten. Der Standort ist für viele Leute ideal. Das Wichtigste ist, dass nun nach Jahren endlich ein Entscheid gefällt wird. Es ist zu hoffen, dass dieses Projekt umgesetzt wird. Es wurde von Urs Gurtner ausgeführt, dass die Schülerzahlen rückläufig sind und es Platz für eine Schulbibliothek im Längenstein geben könnte. Im Moment hat es jedoch im Schulzentrum Längenstein nicht dermassen viel Platz. Es ist eher zu hoffen, dass die Klassengrössen zurückgehen werden. Das Projekt auf der Eschermatte verbaut uns nichts. Man kann später immer noch eine Überbauungsordnung ausarbeiten. Der Standort ist sehr ideal und es ist nicht sicher, ob ein Neubau ohne Fausterhaus wesentlich billiger zu stehen käme. Als Vision wäre es toll, wenn er nächstes Jahr als GGR-Präsident gegen Ende des Amtsjahres mithelfen könnte die neue Bibliothek einzuweihen.

Allgemeine Diskussion

Philipp Zimmermann, Vertreter Jugendrat: Er spricht hier als Vertreter des Jugendrates und nicht als Grossratskandidat oder als Vertreter der Familie Zimmermann. Der Jugendrat spricht sich klar für den Neubau der Bibliothek aus. Es gibt viele Gründe die dafür sprechen (z.B. steigende Ausleihzahlen, prekäres Platzangebot etc.). Man hört viel, dass Spiez attraktiver gestaltet werden soll. Auch soll Spiez vermehrt Zentrumsfunktionen im Berner Oberland übernehmen. Die neue Bibliothek entspricht diesen beiden Wünschen. Die Bibliothek wird einen Beitrag für die Bildung gerade auch für die Jungen leisten. Das neue Gebäude wird einladend sein und zum Verweilen anregen. Mit dem Neubau wird es auch neue Möglichkeiten für die Bibliothek selber geben. Wenn endlich die nötige Infrastruktur vorhanden ist, kann die Spiezer Bibliothek unter Umständen in der ganzen Region eine Bedeutung erhalten. Wir leben in der Schweiz in einer direkten Demokratie. Das bedeutet, dass das Volk zu den wichtigsten Fragen

das letzte Wort hat. Eine so grosse Investition wie die Bibliothek ist zweifellos eine ganz wichtige Frage für eine Gemeinde. Da der Jugendrat voll und ganz hinter dem Prinzip der direkten Demokratie steht, werden die GGR-Mitglieder gebeten, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen, so dass die Spiezer Bevölkerung selber entscheiden kann, ob man die neue Bibliothek will oder nicht. Heute geht es nur darum, ob es eine Volksabstimmung gibt oder nicht. Würde das Projekt bereits heute im GGR blockiert, wäre dies nicht nur schade für die Planungskosten, sondern auch undemokratisch, da die Stimmberechtigten keine Chance hätten, sich zum Projekt zu äussern. Der Jugendrat findet es wichtig, dass nachhaltig in die Bildung investiert wird. Bildung ist das Kapital unserer Jugend. Alle GGR-Mitglieder, welche gegen die Bibliothek sind, werden gebeten, nicht gegen das Projekt zu stimmen, sondern sich allenfalls der Stimme zu enthalten, damit das Geschäft den Stimmberechtigten unterbreitet werden kann.

Urs Gurtner: Böse Zungen sagen, gute Politiker reden viel und sagen nichts. Oder anders gesagt, sie reden „um den heissen Brei“ herum. Offenbar haben wir gute Politiker im Gemeinderat. Anders kann man sich die Slalomfahrt mit diversen Aussagen zur Finanzpolitik nicht erklären. Aus der Jahresrechnung 2004 wird zitiert, „dass die Investitionskosten der geplanten Investitionen für die Jahre 2005 - 2009 gemäss den Planungsergebnissen voraussichtlich nicht mit dem Handlungsspielraum der laufenden Rechnung aufgefangen werden können. Die entstehende Unterdeckung kann jedoch über das bestehende Eigenkapital aufgefangen werden“. Das heisst, eine effektive Neuverschuldung wird umgangen, indem die Reserven angezapft werden. In der Botschaft zu diesem Geschäft sind die Aussagen etwas klarer. Die Formulierungen lassen aber weiterhin alle Möglichkeiten offen. „Im Investitionsplan 2005 - 2009 sind Fr. 3.5 Mio. reserviert. Diese Kosten sind für die Gemeinde verkraftbar und werden voraussichtlich keine Erhöhung der Steueranlage auslösen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Legislaturziel Schuldenabbau in den Jahren der Erstellung nicht erreicht werden kann. Bezogen auf die Legislaturperiode 2005 - 2008 bleibt der Schuldenabbau aber klar als Zielsetzung des Gemeinderates bestehen“. Es stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat versucht, die Sachverhalte möglichst kompliziert, schwerverständlich und vielseitig interpretierbar darzustellen. Er versteht dies so, dass mit dem Neubau der Bibliothek das Legislaturziel Schuldenabbau nur mit einer Steuererhöhung erreicht werden kann. Wenn der Gemeinderat mit seinen Aussagen seine Verantwortung nicht ganz wahrnimmt und sich nicht getraut, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen, dann muss dies heute Abend im GGR geschehen. Für die Stimmberechtigten ist das Resultat der heutigen Abstimmung eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Volksabstimmung. Es muss deshalb eine klare, unmissverständliche Urnenbotschaft ausgearbeitet werden, welche alle Konsequenzen und die wahre Haltung des GGR aufzeigt. Nehmen wir deshalb unsere Verantwortung als gewählte Volksvertreter wahr und sind wir deshalb ehrlich und konsequent. Wer überzeugt ist, dass sich Spiez dieses Projekt auch langfristig leisten kann, soll Ja stimmen. Wer aber nicht ganz überzeugt ist und nur ein Ja abgeben will, damit das Volk darüber abstimmen kann, soll sich dies ganz gut überlegen und sich ehrlicherweise der Stimme enthalten. Wer Zweifel an der Verhältnismässigkeit und der finanziellen Tragbarkeit der Projektes hat, soll den Mut haben, als gewählter Volksvertreter dazu zu stehen und seine Meinung zuhanden der Stimmberechtigten mit einem Nein zu signalisieren.

Ursula Zybach: Der Betrag von Fr. 3.4 Mio. ist hoch und tut weh. In den Legislaturzielen steht einerseits der Schuldenabbau und andererseits der Bau der Bibliothek. Es ist schwierig, beide Sachen in den Griff zu bekommen. Die Welt gehört den Mutigen. Der Neubau des Gemeindezentrums Lötschberg hat seinerzeit Fr. 18 Mio. gekostet. Dannzumal hat man die gleichen Diskussionen geführt. Es wurden Steuererhöhungen befürchtet, ist zu gross dimensioniert etc. Einige Jahre später wurden jedoch die Steuern in Spiez gesenkt. Unsere Vorgänger waren sehr mutig und haben sich gesagt, dieses Projekt realisieren wir nun, auch wenn dieses viel kostet. Das Parkhaus Städtli ist 1983 für Fr. 1.6 Mio. gebaut worden. Die Folgekosten betragen damals Fr. 250'000.--. Heute wird mit diesem Parkhaus sogar ein Gewinn erwirtschaftet. Das Freibad wurde 1978 für Fr. 1.4 Mio. realisiert. Die Folgekosten betragen fast Fr. 700'000.-

pro Jahr. Aktuell wird die laufende Rechnung durch das Freibad mit Fr. 300'000.-- pro Jahr belastet. Es stellt sich die Frage, ob wir in anderen Bereichen auch so viel Geld ausgeben wollen oder nicht. Es gibt aber verschiedene Sparmöglichkeiten (z.B. mit NPM). Hier wurde im letzten Jahr nie darüber diskutiert, welche Leistungen wir wollen oder anders gesagt, welche Leistungen die Gemeinde erbringen soll. Es ist zu hoffen, dass bei der NPM-Diskussion auch in die Überlegungen miteinbezogen wird, was für Qualitäten und Leistungen beeinflussbar sind und Kosten wieder eingespielt werden können. In diesem Sinn und Geist, „den Mutigen gehört die Welt“. Es ist zu hoffen, dass dem Geschäft hier im GGR zugestimmt wird.

Heinz Bercher: Lesen bildet. Vielleicht ist er in seiner Jugend ein- oder zweimal zu wenig in die Bibliothek gegangen und er würde bei der Pisa-Studie deshalb wohl schlechter abschneiden als der Durchschnitt. Es fällt ihm nicht leicht, Ja oder Nein zu sagen, da er nicht alle Formulierungen versteht. Dieses Geschäft wird todsicher zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Die Angst von Philipp Zimmermann ist unbegründet, da die Konstellation für einen positiven Entscheid gegeben ist. Die vierbeinigen Ratten werden ausgerottet und der Antrag, die SVP-Fraktion unter das Artenschutzgesetz zu stellen, besteht immer noch. Er möchte, dass der Souverän das letzte Wort zu diesem Geschäft hat und die finanzielle Last trägt. Wenn er heute Abend Ja stimmt, wird er von Urs Gurtner zu hören bekommen, dass er kein echter Volksvertreter sei. Er spricht sich nicht gegen eine Bibliothek aus, sondern ist gegen das vorgelegte Projekt. Er weiss deshalb nicht genau, wie er heute abstimmen soll. Die Vordnerin hat ausgeführt, „den Mutigen gehört die Welt“. Die Visionäre, welche die Jungfrau-bahn gebaut haben, werden heute noch bewundert für ihren Mut. Heute weiss man, dass das Projekt Gewinne schreibt. Er kennt die Kostenrechnung des Gemeindezentrums nicht. Dieses verursacht nicht nur Kosten, sondern es fließen auch Miet- und Pachtzinseinnahmen (Restaurant, Hotel, Arztpraxen etc.). Bei der Bibliothek kann nicht mit grossen Einnahmen gerechnet werden. Die Steuern wurden dannzumal wohl nicht wegen dem Gemeindezentrum Lötschberg gesenkt, sondern trotz diesem. Dies ist nur eine Behauptung und kann nicht bewiesen werden. Er möchte den Stimmberechtigten mit auf den Weg geben, dass die laufende Rechnung mit zusätzlichen Fr. 500'000.-- belastet wird. Der zu erwartende Minergiebeitrag ist mit Fr. 40'000.-- eher klein im Vergleich zur Gesamtinvestition. Es ist auch nicht sicher, ob dieser Standard erreicht werden wird, da es darauf ankommt, welche Art von Heizung im Längenstein eingebaut wird. Bei einer Ölheizung wird der Minergiestandard nicht erreicht.

Eliane Baumann: Es ist schön, dass sich die FDP so engagiert für Tagesschulen, Blockzeiten und Kindertagesstätten ausspricht. Zu gegebener Zeit soll auf diese Aussage zurückgekommen werden. Eine Bibliothek/Ludothek deckt jedoch ein grundlegend anderes Bedürfnis ab.

Daniel Dunkelmann, Vertreter Jugendrat: Die bisherige Bibliothek findet er nicht sehr einladend. Nach einigen Besuchen ging er nicht mehr hin. Im Schulzentrum Längenstein gibt es keinen Raum, welcher gross genug für eine Bibliothek wäre. Im Internet findet er sich nicht richtig zurecht. Er wäre deshalb persönlich froh, wenn er in eine Bibliothek gehen könnte, wo er Bücher mit viel Fachwissen findet. In einer attraktiven Bibliothek wäre es schön zu lernen. Es wurde ausgeführt, dass die Gemeinde mit dem Bau der Bibliothek einen eingeschränkten Handlungsspielraum hat. Die Pisa-Studie hat aber gezeigt, dass es für die Jugend nötig ist, genügend Angebote für Bildung zur Verfügung zu stellen.

Gerhard Schafroth: Er ist nicht sicher, ob er Urs Gurtner noch überzeugen kann. Bei einem Vortrag über Berns mächtige Zeit (16. - 18. Jahrhundert) hat er erfahren, dass Bern zu dieser Zeit auch eine Bibliothek haben wollte. Es wurde eine schöne Bibliothek gebaut mit schönen Büchern. Wichtigen Persönlichkeiten wurde die Bibliothek gezeigt. Bern war damals sparsam und hat damals Professoren für die Leitung gewählt. Dabei wurde darauf geachtet, dass diese zu Hause eine grosse Bibliothek haben, welche meistens beim Ableben an die Bibliothek vermachte wurde. So kam Bern zu einer schönen Bibliothek mit grossen Raritäten. Diese war die

Vorgängerin der heutigen Stadt- und Universitätsbibliothek. Es ist zu hoffen, dass bald ein mal auch Spiez stolz sein kann auf seine neue Bibliothek. Im Jahre 1992 wurde dem Gemeinderat bereits mitgeteilt, dass die Bibliothek zu klein sei (45'000 Ausleihen). Heute, noch immer am gleichen Standort, werden 124'000 Ausleihen verzeichnet. Dies ist fast nicht mehr haltbar. Das Angebot ist zu klein und kann nicht entsprechend aktualisiert werden. Wenn alle 6'656 Medien miteinander zurückgegeben würden, müssten diese auf dem Boden gestapelt werden und es gäbe keinen Platz mehr in der Bibliothek. Mit der neuen Bibliothek wäre dieses Problem gelöst. Die Kosten von Fr. 3.4 Mio sind sehr viel Geld, aber wir erhalten neben der Bibliothek auch eine Ludothek und ein saniertes Fausterhaus. Spiez wird stolz darauf sein. Turnhallen sind in der Gemeinde nicht bestritten. Diese bringen viel für die Bewegung, für den Sport und die Jugendlichen und Erwachsenen. Eine Turnhalle kostet fast gleich viel wie eine Bibliothek. In Spiez gibt es sieben Turnhallen. Wenn man so viel für den Sport leistet, sollte auch etwas für den Geist getan werden. Bei einem Vergleich der Steuersätze der Gemeinden im Berner Oberland und im Kanton Bern kann festgestellt werden, dass Spiez sehr gut abschneidet. Bei der Planung des Gemeindezentrums Lötschberg hat eine externe Beratungsfirma festgestellt, dass die Gemeinde bei einem Bau des Zentrums faktisch in einen Konkurs steuern würde. Das Zentrum wurde gebaut und hat sich nicht so tragisch auf die finanzielle Lage der Gemeinde ausgewirkt. Die Stadt Bern brannte im Jahre 1405 ab. Im Jahr darauf wurde ein neues Rathaus gebaut. 50 Jahre später wurde das Münster gebaut. Die Stadt Bern hatte damals rund 5'000 Einwohner. Wir haben über 12'500 Einwohner und wagen uns nicht einmal eine Bibliothek zu bauen. Deshalb machen wir etwas Mutiges, etwas für die Jugend, die Bildung, für die Leseförderung, für die Kultur und etwas für Spiez.

Marianne Roe: Leider hat man sich mit diesem einzigen Projekt etwas in eine Sackgasse verrannt. Nur der GGR oder das Volk können mit einem Nein ein anderes Projekt erwirken. Sie wird gegen das Projekt stimmen, da es andere Möglichkeiten gibt und der Schuldenabbau ein Muss ist. Das Fausterhaus mit seinen kleinen Fenstern ist für eine Bibliothek/Ludothek nicht geeignet. Die Gesamtrenovation ist zu teuer für etwas, das nie Gewinn bringen oder selbsttragend sein wird. Der vorgesehene Neubau (Bibliothek) ist nur ein eingeschossiges Gebäude (= Platzverschwendung). Sie hofft, dass das Projekt bereits heute Abend abgelehnt wird. Dies wäre der schnellste Weg zu einem anderen Projekt. Bei einer Ablehnung durch das Volk, wird es Jahre gehen, bis ein neues Projekt vorgelegt werden könnte.

Ernst Haultle: Es stört ihn, dass im Kostenvoranschlag das Land nicht enthalten ist. Es handelt sich um rund 1'000 m² Land, welches bei rund Fr. 500.--/m² einen Gesamtwert von Fr. 500'000.-- aufweist. Das Land könnte auch anders verwendet werden. Das Ratsbüro hat die wichtige Aufgabe, die Urnenbotschaft so abzufassen, dass die effektiven finanziellen Konsequenzen aufgezeigt werden.

Franz Arnold: In einem öffentlichen Gemeinwesen gilt der Grundsatz, dass dieses zwar nicht grundsätzlich sparen muss, aber die Aufgaben qualitativ gut und mit möglichst wenig Mitteln erfüllt werden. Es ist und bleibt ein Gratwanderung wie die Ausgaben getätigt werden. Wenn solche Brocken anstehen, wie damals das Lötschbergzentrum und nun die Bibliothek, muss man sich relativ weit zum Fenster hinauslehnen. Die Rolle des GGR ist, dass dieser klar seine Meinung zum Ausdruck bringt. Der Gemeinderat stellt sich hinter dieses Projekt, weil auch andere Standorte überprüft wurden. Ein freistehender, funktionaler Neubau würde nach Abklärungen von Experten nicht unter Fr. 3 Mio. zu realisieren sein. Es wurden sieben Alternativstandorte abgeklärt und überprüft. Es gab keine grundsätzlichen Bedenken gegen diesen Standort. Er ist froh um eine klare Haltung des GGR zuhanden der Stimmberechtigten.

Beschluss (mit 23 : 11 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27 Abs. 2 b) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Dem vom Architekturbüro Lanzrein + Partner AG, Thun, ausgearbeiteten Neubauprojekt Bibliothek/Ludothek wird zugestimmt.
2. Zu Handen der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 3'400'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Das Ratsbüro GGR wird ermächtigt, die Urnenbotschaft abzufassen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist die Kreditabrechnung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

**Pause mit kleinem Imbiss
von 20.10 Uhr - 20.40 Uhr**

**65 1.401 Gemeindepräsident
Informationen des Gemeindepräsidenten**

Verwaltungsreform / Gerichtsreform Kanton Bern

Franz Arnold: In der letzten Session des Grossen Rates des Kantons Bern wurde die Reorganisation der dezentralen Verwaltung in erster Lesung verabschiedet. Im Berner Oberland stand die Frage im Vordergrund, ob es drei oder vier Verwaltungseinheiten gibt. Es gab einen Vorstoss, wonach das Saanenland und das Obersimmental zusammen mit dem Nidersimmental und Frutigen zu einer Verwaltungseinheit zusammengeführt werden. Dies wurde in der ersten Lesung abgelehnt. Es sollen demnach vier Verwaltungskreise bleiben. Ein parlamentarischer Vorstoss der FDP verlangt, sich für einen Gerichtsstandort in Spiez einzusetzen. Die Verwaltungs- und die Gerichtsreform stehen in einem engen Zusammenhang. Neben den Standorten bei der Verwaltungsreform stehen auch die Standorte der Gerichte zur Debatte. Gestützt auf den Auftrag aus dem parlamentarischen Vorstoss wurde beim Kanton der Standort Spiez für die Gerichtsbarkeit eingebracht. Der Entscheid ist noch nicht gefällt. Interlaken kommt wohl eher nicht in Frage und möglicherweise wird auch der Standort Schloss Thun nicht mehr in Frage kommen. Der Standort Spiez ist deshalb nicht schlecht im Rennen. Der Gemeinderat hält die Augen offen.

Prachatice

In diesem Jahr findet vom 23. - 25. Juni 2006 das Salzfest in Prachatice statt. Die Jugendmusik mit rund 70 Personen wird daran teilnehmen. Es hat noch einige Plätze frei und interessierte GGR-Mitglieder können sich direkt bei Walter Holderegger oder der Gemeindeschreiberei melden.

Olympiasiegerin

Am 19. Februar 2006 fand bekanntlich in Hondrich der Empfang der Olympiasiegerin im Skeleton, Maya Pedersen-Bieri, statt. Sie hat diesen Empfang sehr geschätzt. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und dem Ortsverein Hondrich hat sehr gut geklappt. Dem Ortsverein wird für die grosse Arbeit bestens gedankt. Der Löschzug Hondrich hat den Parkdienst sehr gut organisiert. Nach Vorliegen der Abrechnung wird sich der Gemeinderat bei den engagierten Vereinen und Personen erkenntlich zeigen.

NEAT

Die Gemeinde Spiez ist in der Spurgruppe NEAT vertreten. In dieser Gruppe wird versucht, sich auf die Veränderungen, welche die NEAT mit sich bringen wird, zu reagieren. Im Zusammenhang mit der Eröffnung des NEAT-Basistunnels sind verschiedene Projekte am Laufen. Eine Gruppe Tunnelbau und Gender wird verschiedene Anlässe durchführen. In Spiez soll ebenfalls eine Veranstaltung im Raum Bahnhof durchgeführt werden.

Unfall in Spiez

Leider ist heute ein Schüler der 9. Klasse des Schulzentrums Längenstein beim Überqueren des Bahngelaises vom Zug erfasst und auf der Stelle getötet worden. Den Angehörigen wird das herzliche Beileid ausgesprochen. Die betroffenen Schulkinder werden durch Seelsorger und ein Care-Team professionell betreut. Stefan Kocherhans als Schulleiter ist dabei stark involviert mit der Benachrichtigung von Eltern und Angehörigen. Der genaue Unfallhergang wird zur Zeit noch abgeklärt.

66 1.304 Einfache Anfragen

Einfache Anfragen

a) Beantwortung der EA U. Gurtner (FDP) betr. Belag Kronenkreisel

Ausführungen des Gemeinderates

Klaus Brenzikofer: Der Fragesteller hat recht, der Kronenplatz sieht aus wie ein Altbau. Die Baukommission hat sich von Anfang an schwer getan mit dem Materialentscheid für den Kronenkreisel. Eine Delegation hat eine Kreuzung in Luzern mit diesem Belag angeschaut. Diese Kreuzung wird um ein Mehrfaches befahren als der Kronenkreisel und der Belag hat sich bewährt. Das Bauunternehmen hat sofort die Garantie für den schlechten Einbau übernommen. Beim Einbau herrschte heisses Wetter und der Kleber war zu dünn. Dadurch wurden die gelben Splitter nur angeklebt. Diese wurden nur schon von normalen Autos abgerieben. Richtig wäre gewesen, wenn von Anfang an eine dicke Klebschicht aufgetragen worden wäre. Dadurch wären die gelben Splitter in der Klebeschicht versunken und wären verankert. Im Frühjahr/Sommer dieses Jahres wird diese Firma den Belag nochmals anbringen. Ein weiteres Problem sind die Lastwagen, welche über die frisch asphaltierte A8 gefahren sind und den Kreisel so verschmutzten. Diese Situation kann jedoch nie ganz ausgeschlossen werden. Man wollte nicht nur einen Kreisel bauen, sondern auch noch eine Platzgestaltung realisieren. Deshalb erfolgte dies mit der gelben Farbe. Der Platz wird scheinbar nicht mehr Kronenplatz, sondern „Saharaplatz“ genannt.

Urs Gurtner zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

b) Beantwortung der EA G. Bärtschi (EVP) betr. Parteienfinanzierung

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Godi Bärtschi zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

c) Neue Einfache Anfragen

EA H. Bercher (SVP) betr. Spiezer Agenda 21

Heinz Bercher: Gemäss Medienberichten hat sich der Verein Lokale Agenda 21 aufgelöst, infolge ausbleibender Bundesbeiträge. Ist der Gemeinderat darüber orientiert, was für Auswirkungen dies auf die Lokale Agenda21 in Spiez hat? Hat der Gemeinderat Einsicht in die Vereinsrechnung, insbesondere über den Gastronomieteil, des von der Agenda21 betriebenen Dorfhuses, wenn ja, ist der Gemeinderat in der Lage Auskunft darüber zu geben, ob der Umsatz über der MwSt.-Grenze von Fr. 75'000.-- liegt und wird in diesem Fall ordentlich mit der Mehrwertsteuer abgerechnet? Wenn der Umsatz geringer ist als Fr. 75'000.-- geht der Gemeinderat nicht auch davon aus, dass eine Nachfrage so gering ist, dass eine Weiterführung der grosszügigen Unterstützung nicht einen zu kleinen Personenkreis anspricht?

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Der Verein Lokale Agenda 21 ist ein breites Bündnis von Umwelt- Gesundheits- und Entwicklungsorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen und wurde 1998 gegründet. Der Verein hat (hatte) zum Ziel, Einzelpersonen und Behörden dazu anzuregen und zu unterstützen, in ihrer Gemeinde eine Lokale Agenda 21 zu starten. Er stellt Hilfsmittel zur Verfügung (Handbuch, Leitfaden usw.), gibt regelmässig ein Informationsbulletin heraus, bildet „BotschafterInnen der Lokalen Agenda 21“ aus und fördert die Vernetzung der einzelnen lokalen Agenda-Prozesse. Anfang Jahr musste der Verein Lokale Agenda 21 aus finanziellen Gründen aufgelöst werden. Der Verein „Spiezer Agenda 21“ ist nicht Mitglied des Vereins Lokale Agenda 21 und daher von der Auflösung nicht betroffen. Ansprechpartner der „Spiezer Agenda 21“ ist in erster Linie das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), welches vom Bundesrat als Anlauf- und Koordinationsstelle für die Förderung und Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene bestimmt wurde. Auf Initiative des ARE, der Schweizerischen Bau- Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK) und dem Schweizerischen Städteverband (SSV) wurde das „Forum Nachhaltige Entwicklung“ ins Leben gerufen. Das Forum ist zentrale Plattform für die Umsetzung der Politik der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz. Hier findet der wichtige Informations- und Meinungsaustausch zwischen den Akteuren statt und das Forum ist Verbindungsstelle zu den Gemeinden (in Spiez zum Verein Spiezer Agenda 21). Zur Zeit laufen 140 Agenda-21-Prozesse in 14 Kantonen, was ca. 25 % der Schweizer Bevölkerung repräsentiert. An den zwei mal jährlich stattfindenden ARE-Tagungen ist der Verein Spiezer Agenda 21 regelmässig vertreten. Der Bund stellt im Förderprogramm Nachhaltige Entwicklung zur Zeit jährlich Fr. 200'000.- bereit (Betrag wurde durch Sparmassnahmen massiv gekürzt). Die Bundesbeiträge werden neu nur noch projektbezogen und nach strengen Kriterien gesprochen. Die Spiezer Agenda 21 hat für den Aufbau einer Lokalen Agenda 21 für Spiez in den Jahren 2000 / 2001 einen Betrag von Fr. 50'000.- aus dem Förderprogramm „Projekte für eine nachhaltige Schweiz“ erhalten. Seither finanziert sie ihre Tätigkeit aus Beiträgen verschiedener Stellen und Sponsoren, sowie durch den jährlichen Beitrag der Einwohnergemeinde Spiez. Alle Schweizer Kantone haben eine kantonale Stelle für die Nachhaltige Entwicklung bestimmt. Im Kanton Bern ist das die

KUS (Koordinationsstelle für Umweltschutz). Das Konzept „Nachhaltige Entwicklung“ ist im Kanton Bern auf verschiedenen Ebenen verankert:

- Kantonsverfassung
- Kantonaler Richtplan
- Regierungsrichtlinien 2003 – 2006

Rechnung / Umsatz Dorfhus

Der Gemeinderat hat jeweils im Rahmen des Jahresberichtes Einsicht in die Rechnung des Vereins „Spiezer Agenda 21“. Das DorfHus als umfangreichstes Agenda 21 Projekt führt eine eigene Betriebsrechnung. Die Aktiven und Passiven der DorfHus-Jahresrechnung sind als Gesamtes integrierender Bestandteil der Bilanz des Vereins Spiezer Agenda 21. Im Jahr 2005 verzeichnete das Bistro im DorfHus einen Gastronomie-Umsatz von Fr. 45'599.-- und ist damit nicht mehrwertsteuerpflichtig. Im Bistro finden ausserhalb der regulären Öffnungszeiten auch verschiedene Anlässe statt, welche keinen Gastronomie-Umsatz erwirtschaften (Deutschunterricht für AsylantInnen, Hauptversammlungen, Sitzungen, Kurse, Familienfeste, Klassentreffen, Film / Dia-Vorführungen usw.). Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Nachfrage und damit die „Daseinsberechtigung“ des DorfHus nicht in erster Linie aus der Sicht der Umsatzzahlen zu beurteilen ist. Das DorfHus ist Begegnungsort und Treffpunkt und wird von ganz unterschiedlichen Gruppen genutzt und geschätzt. Es nimmt damit einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag wahr, soziale Kontakte zu ermöglichen und zu fördern.

Heinz Bercher zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates inhaltlich nicht befriedigt.

EA R. Knöpfel (SP) betr. Einführung von Blockzeiten in Kindergärten und Volksschule

René Knöpfel: Gemäss Art. 20.5 des Schulreglementes der Gemeinde Spiez kann die Zentralschulkommission (ZSK) der Gemeinde Spiez Blockzeiten beschliessen. Die ZSK ist eine Kommission von Amtsträgern, es sind dies:

- die Schulvorsteherin
- die Präsidentin der Kindergarten- und Primarschulkommission
- der Präsident der Real- und Sekundarschulkommission
- der Präsident der Sportkommission

Somit sind vier Personen stimmberechtigt, wovon der Präsident der Sportkommission von der Schulorganisation der Gemeinde wenig Kenntnis geniesst. Die politische Zusammensetzung der ZSK ist zufällig.

Fragen

Warum kann eine Kommission von vier Stimmberechtigten einen solchen Entscheid treffen:

- der ohne Zweifel von politischer Bedeutung ist
- der für die Gemeinde finanzpolitische Konsequenzen mit sich trägt
- der mit Sicherheit Auswirkungen auf die Schulraumplanung hat
- der personalpolitische Konsequenzen hat
- der pädagogische Auswirkungen beinhaltet
- der ohne zwingend eine Vernehmlassung in den Schulkommissionen und Schulleitungen mit ihren Lehrkräften durchzuführen, umgesetzt werden kann
- ohne einen allfälligen kantonalen Beschluss in dieser Frage mit einzubeziehen.

Sollte ein solcher Beschluss nicht politisch breit abgestützt sein?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

67 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Behandlung parlamentarischer Vorstösse

Motion W. Holderegger (SP) betr. Erweiterung Kernzone

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Der Gemeinderat beantragt, die Motion W. Holderegger (SP) zu überweisen.

Ausführungen des Motionärs

Walter Holderegger: Dem Gemeinderat sowie der Umweltschutz- und Planungskommission wird für die positive Antwort gedankt. Er ist nicht der Erste, welcher dieses Anliegen aufgreift. Bereits beim ersten Zonenplan wurde von einer Aufwertung des Zentrums gesprochen. Bei weiteren Zonenplanrevisionen war die Erweiterung ebenfalls mehrfach diskutiert worden. Auch bei der Planung einer neuen Migros am Standort Kronenplatz wurde das Thema eingehend behandelt. Man hatte jedoch nie den Mut, das Thema politisch und planerisch öffentlich zu diskutieren. Es ist nun eine der letzten Möglichkeiten, in diesem Bereich (Lörtscherweg/Gartenweg) etwas umzusetzen, das eine Zentrumsfunktion einnehmen könnte. Dazu braucht es das Einverständnis aller Anwohner und eine grosse planerische Arbeit. Dann braucht es noch einen oder mehrere Investoren, welche bereit sind, dort Geld zu investieren. Er möchte an der starken Form der Motion festhalten, im Wissen darum, dass die schwächere Form des Postulates an den vielen Bremsfunktionen scheitern könnte. Er bittet, die Motion zu überweisen.

Fraktionssprecher

Godi Bärtschi (EVP): Die EVP-Fraktion empfiehlt, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Mit einer Motion würde der Perimeter bereits definitiv festgelegt und dies kann nicht eingegangen werden. Dies müsste von einem Raumplaner festgelegt werden, um eine sinnvolle Abgrenzung vorzunehmen. Die EVP-Fraktion stimmt deshalb für ein Postulat.

Allgemeine Diskussion

Christoph Hürlimann: Er gehört nicht zu den Mitunterzeichnenden der Motion. Er ist dafür, dass in diesem Gebiet etwas gemacht wird. An dieser Stelle sollte mindestens mit einer Überbauungsordnung zusätzliche Möglichkeiten geschaffen. Sonst geschieht das Gleiche, wie bei den neuen Alterswohnungen hinter der Krone. So kann irgend etwas gebaut werden und es gibt keine Attraktivierung der Kernzone. Es sollte ausgedacht werden, was in dieser Zone realisiert werden kann. Eine Verdichtung wird unterstützt, aber nicht mittels einer Motion.

Walter Holderegger hält an seiner Motion fest.

Auf den **Ordnungsantrag** von **Godi Bärtschi**, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, wird nicht eingetreten, da gemäss Art. 30 Abs. 2 der Geschäftsordnung des GGR nur der Motionär die Motion in ein Postulat umwandeln kann.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion W. Holderegger (SP) betr. Erweiterung Kernzone wird überwiesen.

68 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

Motion FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. Grundsatzfrage NPM

Bevor die Gemeindeordnung an die Anforderungen des NPM angepasst wird, soll der Grosse Gemeinderat nochmals die Grundsatzfrage diskutieren: Flächendeckende Einführung NPM - ja oder nein?

Begründung

Die Einführung von NPM in Spiez wurde vom Grossen Gemeinderat aufgrund einer Motion beschlossen. Das Ziel des Motionärs war es, die Kosten für den Verwaltungsaufwand zu senken. Die schrittweise Einführung von NPM ist nun weit genug fortgeschritten, um Aufwand und Nutzen respektive Vor- und Nachteile besser abschätzen zu können. Die Verwaltung schreibt Überstunden und klagt über administrativen Mehraufwand, die Anpassung der Gemeindeordnung bringt Probleme mit sich (Neuregelung von Kommissionen) und der Grosse Gemeinderat kann erkennen, welche Auswirkungen NPM auf seine Arbeit haben wird (Belastung in Sachkommissionen, notwendige Detailkenntnisse zur Definition der einzelnen Produkte). Kritische Stimmen aus vielen politischen Lagern sind für uns Grund genug, einen Marschhalt zu verlangen und sich der Grundsatzfrage nochmals zu stellen. Noch ist es nicht zu spät, Korrekturen vorzunehmen!

Der Motionär D. Lanz + 9 Mitunterzeichnende.

Ausführungen des Motionärs

Daniel Lanz: Er bittet den GGR, die Motion als dringlich zu erklären, gemäss Geschäftsordnung des GGR.

Franz Arnold: Gemäss Art. 29.2 der Geschäftsordnung des GGR kann der Rat nach Anhören des Gemeinderates auch sofortige Behandlung beschliessen. Eine sofortige Behandlung würde wohl einen Sitzungsunterbruch nach sich ziehen. Es wäre aber wohl auch im Sinne des Motionärs, wenn das Geschäft anlässlich der nächsten Sitzung behandelt wird.

Daniel Lanz kann sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären.

69 4.200 Ortsplanung, Ueberbauungsordnungen Überbauungsordnung Nr. 2.21.1 Bären Spiezwiler mit Zonenplanänderung / Verabschiedung z.H. Volksabstimmung

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Ein Blick zurück zeigt, dass die Überbauungsordnung bereits im Jahre 2002 thematisiert wurde. Gemäss Zeitungsbericht vom 14. Januar 2003 im Berner Oberländer geht hervor, dass die Verantwortlichen mit einem Baubeginn im Frühjahr 2004 gerechnet haben. Nach einer etwa 20-monatigen Bauzeit sollte die Anlage Ende 2005 eingeweiht werden. Planung und Bauherrschaft rechnen mit mehreren Dutzend neuer Arbeitsplätze für Spiez. Nun haben wir Februar 2006 und ausser dem Abbruch des Bären ist nichts passiert. Gegen den Abbruch des Bären wurden Beschwerden durch den Verein Schönes Spiez und

dem Berner Heimatschutz eingereicht. Diese Beschwerden wurden abgewiesen. Das erste Projekt wurde bei der ersten Vorprüfung durch den Kanton (Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR) kritisch beurteilt. Auch die wichtige Kommission für Ortsbild- und Landschaftsschutz (OLK) hat dabei auf die Planung Einfluss genommen. Das Projekt wurde danach überarbeitet. Nun liegt das überarbeitete Projekt vor. Bei der Betrachtung der Überbauungsvorschriften gibt es verschiedene positive Punkte (keine Grossverteiler, Fachbericht OLK im Baubewilligungsverfahren, Behebung von Rückstaus im Kreisell, Unterstände von Velos ausserhalb der Baufelder möglich sowie Gemeinschaftsheizung mit erneuerbarem Energieträger). Es gibt aber auch kritische Punkte (ausschliesslich Flachdächer zulässig, jedes Baufeld 3.6 m höher, Verteilung der Baumassen). Die OLK sowie das AGR stimmen dem nun vorliegenden Überbauungsplan zu. Die Autobahnausfahrt Spiezwiler wird gestützt auf das Bauvorhaben mittels Kreisell entschärft. Der Kreisell soll bereits im Frühjahr provisorisch erstellt werden. Die Ausmasse der drei Baufelder (A - C) sind riesig. Die Gebäudelängen sind A = 30 m, B = 55 m und C = 65 m. Die Längen können wie folgt verglichen werden:

A = Christliches Lebenszentrum

B = Colasit

C = Krankenhaus oder Schulanlage Räumli (ohne Hangkantenbau)

Die Höhen betragen C = 13.5 m, B = 12.5 m und A = 16.8 m.

Terminus = ca. 12.5 m hoch

Christliches Lebenszentrum = 11.5 m hoch

Gemeindeliegenschaften Gygerweg 39 und 41 = 12.5 m hoch

Nach Rücksprache mit dem Planer der Überbauungsordnung könnte allenfalls beim Gebäude A gestalterisch die Höhe verändert werden. Für die Anwohner entsteht eine grosse Wand. Bei der heutigen Verabschiedung wird das Geschäft am 21. Mai 2006 dem Volk unterbreitet. Die Stimmberechtigten können danach entscheiden, ob sie diese Überbauungsordnung annehmen wollen oder nicht. Der Gemeinderat sowie die Umweltschutz- und Planungskommission sind überzeugt, dass nun nach drei Jahren des Stillstandes die Zeit reif ist, auf diesem Areal etwas zu realisieren. Es handelt sich um ein privates Bauvorhaben mit einem Bauvolumen von Fr. 20 - 30 Mio. Es ist gut, wenn in Spiez wieder einmal etwas in dieser Richtung unternommen wird. Der Gemeinderat beantragt, der Überbauungsordnung zuhänden der Stimmberechtigten zuzustimmen.

Stellungnahme der GPK

Ursula Zybach: Die GPK hat das Geschäft geprüft. Es handelt sich um ein sehr gefälliges und schönes Projekt mit den drei verschachtelten Kuben. Der Verfahrensprozess ist gut dokumentiert. Die Einsprache des VCS wurde zurückgezogen, nachdem niemand Einwände gegen kostenpflichtige Parkplätze vorgebracht hat. Zwei Einsprachen der Nachbarparzellen 3641 (Imbaumgarten) sowie 4048 und 4086 (Stauffer) wurden noch aufrecht erhalten. Der Hauptgrund der Einsprachen betrifft die Planbeständigkeit. Die Einsprachen sollten im Genehmigungsverfahren erledigt werden können. Die Gebäudehöhen sind enorm. Das Volumen des gesamten Projektes beträgt 40'000 m³ (= Krankenhaus). Die GPK empfiehlt dem Geschäft zuhänden der Volksabstimmung zuzustimmen. Bei der Verfassung der Urnenbotschaft ist darauf zu achten, dass aussagekräftige Modellbilder oder Fotomontagen eingefügt werden.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Walter Holderegger (SP): Die SP-Fraktion hat die Überbauungsordnung Bären eingehend besprochen. Grundsätzlich entspricht die Überbauungsordnung den Bauvorschriften, den Vorgaben des Zonenplans und den Ausnützungsziffern. Auf den wenig attraktiven Parzellen entlang der Autobahn ist den Umständen entsprechend ein verträgliches, ausgeglichenes Projekt entstanden. Durch die Vorgaben des Kantons muss der grösste Baukubus zuoberst platziert werden. Die Planer haben mit der Vorgabe das Möglichste erreicht. Es handelt sich bei Investitionen von ca. Fr. 20 Mio. um einen grossen Brocken. Spiez will aktiv sein und etwas erreichen. Deshalb ist dies ein gutes Geschäft. Das Projekt ist architektonisch sinnvoll gegliedert, wirkt aber äusserst mächtig und lang. Ein Vergleich mit bestehenden Bauten zeigt, dass es eine Konzentration von grossen Baukörpern geben wird. Das Projekt kann hier im GGR nicht verändert werden. Wir können dieses nur annehmen oder ablehnen. Projektanpassungen sind hier nicht möglich. Der Bauherrschaft und den Planern wird auf den Weg gegeben, den Baukörper A bei der Baueingabe gefälliger und besser zu gestalten. Vielleicht sollte sogar eine Redimensionierung ins Auge gefasst werden (Verzicht auf einen Teil eines Stockwerkes). Auch die Einfahrt des Drive-In Restaurants ist so zu gestalten, dass den Anwohnern nicht die Abgase ins Wohnzimmer geblasen werden. Die Bauherrschaft wird deshalb gebeten, die grösstmögliche Rücksicht auf die Anwohner zu nehmen. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion dem Projekt teilweise zu.

Christoph Hürlimann (FS): In den jetzigen Bauvorschriften steht, dass in der Hotelzone eine Höhe von 10 m, in der WG2 eine Höhe von 8 m und in der Gewerbezone 11 m sowie im grössten Teil des Areals (Strasse und Plätze) 0 m, erlaubt ist. Deshalb entspricht das Projekt nicht den jetzigen Vorschriften, wie dies Walter Holderegger ausgeführt hat. Die FS-Fraktion hat das Geschäft begutachtet. Es ist der richtige Ort für ein solches Projekt. Die FS-Fraktion kann dazu grundsätzlich Ja sagen. Das Dienstleistungszentrum kann man sich an diesem Standort gut vorstellen. Das geplante Gebäude A ist eindeutig zu hoch. Es fragt sich, ob man die Überbauungsordnung durch einen Rückweisungsantrag wegen dieser Höhe gefährden will. Die FS-Fraktion ist der Ansicht, dass dort kein überdimensionierter Block gestattet werden sollte. Grundsätzlich muss auch noch der Grenzabstand von 3 m gegenüber den hintenliegenden Nachbarparzellen betrachtet werden. Die FS-Fraktion lehnt wegen dem überdimensionierten Baufeld A das Projekt ab, damit ein besseres, gefreutes Planwerk gerade auch für die Anwohner vorgelegt werden kann. Die Länge und Grösse des Bauvolumens macht keine Angst, sondern nur das Haus A.

Daniel Marty (SVP): Die SVP-Fraktion kann sich grossmehrheitlich hinter dieses Projekt stellen. Es ist klar, dass ein so grosses Projekt einschneidend ist und man nicht allen gerecht werden kann. Aufgrund der Pläne und des Modells und eines möglichen Bauprojektes muss die Überbauungsordnung als gelungene Sache bezeichnet werden. Der Block A ist zu hoch, hat aber den Vorteil, dass das Gebäude viel Lärm der Autobahn für die hintenliegenden Anwohner schluckt. Es werden Arbeitsplätze geschaffen und die unübersichtliche Autobahnausfahrt wird durch einen Kreisel verbessert. Aus diesen Gründen soll die Überbauungsordnung zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet werden.

Andreas Bürki (EVP): Die EVP-Fraktion hat sich mit dieser Vorlage schwer getan und weist diese in dieser Form zurück. Das Projekt könnte ästhetisch wesentlich verträglicher gestaltet werden. Die Vorbehalte richten sich nicht gegen das geplante Dienstleistungszentrum, sondern gegen die Anordnung der Baumasse. Die Höhe des Baukörpers A von 16 m ist 5 m höher und 8 mal grösser als das Christliche Lebenszentrum. Die Baufelder B und C weisen eine sichtbare Höhe von 12.5 und 13.5 m auf. Es ist nicht ganz nachvollziehbar, warum die Gemeinde seinerzeit die Bedenken des Tiefbauamtes geteilt hat und das grössere Ausmass im Baufeld C nicht bestehen liess. Im Weiteren ist auch die Information im Hinblick auf die Volksabstimmung verbesserungswürdig. Die GGR-Mitglieder wurden erst auf die Interventi-

on der GPK mit den zusätzlichen Modellansichten bedient. Das Mitwirkungs- und Auflageverfahren wurden zwar korrekt durchgeführt, aber es gibt noch zwei unerledigte Einsprachen. Dies hinterlässt einen nicht ganz bürgerfreundlichen Nachgeschmack. Die EVP-Fraktion lehnt die Vorlage ab und weist diese zur Überarbeitung zurück. Sollte die Vorlage überwiesen werden, wird der Eventualantrag gestellt, dass vor der Volksabstimmung die Eckpunkte des Baukörpers A mit den maximalen Höhen profiliert werden.

Urs Gurtner (FDP): Die FDP-Fraktion steht geschlossen und mit Überzeugung hinter dieser Überbauungsordnung. Der historische und seinerzeit innovative Bären war ein florierender Wirtschaftsstandort. Die FDP-Fraktion will, dass dies wieder so wird. Mit einem neuen, markanten, innovativen Projekt und privaten Investoren besteht eine gute Chance dazu. Spiez wird in vielen Bereichen profitieren. Es werden Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen generiert. Das neue Zentrum wird ein Aushängeschild von Spiez an der Autobahn und wird eine Chance für ein gutes Ortsmarketing bieten. Spiez muss diese Chance unbedingt packen und das Projekt darf nicht mehr weiter verzögert werden. Aus Sicht der FDP-Fraktion steht einer Volksabstimmung nichts im Wege. Es ist richtig, dass der GGR heute Abend den Stimmberechtigten signalisiert, dass er private Investitionen und eine wirtschaftliche Entwicklung in der Gemeinde Spiez unterstützt.

Allgemeine Diskussion

Klaus Aegerter: Sobald ein Investor am Horizont auftaucht, springen viele Leute auf diesen Zug auf und hoffen auf Arbeitsplätze, Steuereinnahmen etc. Später kann man häufig feststellen, dass dies alles nicht so zutrifft, wie in der ersten Euphorie erhofft. Es ist gut, wenn auf diesem Gelände etwas passiert. Er ist auch nicht der Ansicht, dass es dort einen Naturpark braucht. Es fragt sich, ob es ein solches Projekt in diesem Ausmass braucht und ob so viele Arbeitsplätze geschaffen werden können. Er kann sich nicht vorstellen, in einem Hotel zu schlafen, welches direkt an der Autobahn liegt. Er ist auch kein Fan von McDonalds. Es fragt sich auch, ob sich die Räumlichkeiten für eine Verwaltungsnutzung realisieren lassen. Vielleicht stehen wir auf einmal vor einer zwar ästhetisch schönen Bauruine. Er lehnt das Projekt ab, da es nicht attraktiv und überdimensioniert ist. Er bezweifelt, dass sich die Investitionen so positiv auswirken werden, wie dies Urs Gurtner ausgeführt hat.

Franz Sennhauser: Er ist bei diesem Projekt direkt als Planer angesprochen. Aus diesem Grund wird er zu diesem Geschäft keine Stimme abgeben. Die Überbauungsordnung darf nicht mit dem eigentlichen Projekt verglichen werden. Die Überbauungsordnung steckt nur den entsprechenden Maximalrahmen ab, in welchem das Projekt realisiert werden kann. Der Standort hat eine sehr historische Bedeutung. Ein Ort des Verkehrs und der Wirtschaft. Dieser Bedeutung muss das Projekt gerecht werden. In diesem Sinn kann an diesem Ort ein Tor zum Oberland definiert werden, wo eine grössere Verdichtung nicht nur wünschenswert, sondern gemäss gewissen Fachexperten ein Muss ist. Es ist ein Ort, welcher eine Chance für die Zukunft darstellt und für Verkehr und Tourismus entsprechende Auswirkungen haben kann. Der geplante Kreisel ist eine Folge der Abklärungen im Zusammenhang mit diesem Projekt. Die Planer sind sich der Bedeutung dieses regionalen Grossprojektes durchaus bewusst. Es gibt kaum eine Kommission, welche nicht an diesem Projekt mitgearbeitet hat. Insbesondere die Fachleute haben aus ortsbaulicher Sicht gewünscht, dass im Bereich des Kreisels eine gewisse Massierung der Baukörper entsteht. Die Baukörper wurden den topografischen Verhältnissen angepasst und betten sich gut in die Landschaft ein. Der Grenzabstand gegen hinten hat keine Auswirkungen, da die Anwohner durch die Steilheit des Geländes nicht behindert werden. Es gibt einzelne, glasklare, schlichte Baukörper, welche für verschiedene Nutzungen neutral gestaltet werden. Das Gebäude C könnte für den Kanton als Gerichtsstandort dienen. Die Baukörper B und C sind dreigeschossig geplant und nur Baukörper A ist viergeschossig gehalten. In diesem Sinn ist das Projekt zwar gross, aber fein gegliedert mit Abstufungen. Das Projekt wird diesen Ort sicher stark prägen. Es müssen allen-

falls Projektverbesserungen im Bereich des Baukörpers A vorgenommen werden. In Richtung Spiezwiler könnte dieser Baukörper attikaartig um ein Geschoss reduziert werden. Es kann nicht auf dem ganzen Baukörper ein Geschoss weniger realisiert werden, da von Fachleuten die Abstufung verlangt wird. Mit diesem Vorgehen könnte den Forderungen der Anwohner entgegengekommen werden. Die 16.8 m stellen eine Maximalhöhe dar. Es ist davon auszugehen, dass das Projekt dann einen Meter weniger hoch sein wird. In diesem Sinn könnte diese Änderung beantragt werden. Bei einer Überbauungsordnung wird nicht jedes Detail geregelt, sondern nur der maximale Planungssperimeter. Die vorgeschlagene Änderung könnte so ins Projekt integriert werden. An diesem Ort kann ein gut gegliedertes, durchdachtes und wichtiges Projekt realisiert werden. Diesem Projekt wird von allen Stellen die nötige Bedeutung zugemessen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein architektonisch hochstehendes Projekt entstehen wird. Es ist zu hoffen, dass diesem Projekt zugestimmt werden kann.

Paul Müller: Er ist im Spiezwiler geboren und wohnt heute immer noch dort. Der Bären war immer ein guter und gut frequentierter Betrieb. Mit dem Bau der Autobahn war er auch am richtigen Ort gelegen. Leider ist das Gebäude nicht immer gut unterhalten worden und musste nun des Alters wegen abgebrochen werden. An diesem Standort muss wieder etwas realisiert werden. Das Areal darf nicht leer bleiben. Das ursprüngliche Projekt mit dem grössten Bauvolumen im untersten Baukörper war einleuchtend und hätte besser gepasst. Es ist nicht verständlich, warum man sich den Vorschriften des Kantons gebeugt hat. Das jetzige Projekt mit dem grössten Baukörper zuoberst ist mit seiner Höhe gegenüber drei Parzellen störend. Im unteren Bereich Felder B und C ist dies besser gelöst, indem der Lärm gedämmt und keine Aussicht genommen wird. Es wäre wünschenswert, dass zugunsten der hintenliegenden Anwohner eine Korrektur vorgenommen werden kann. Er spricht sich dennoch dafür aus, dass an diesem Standort eine Überbauung realisiert werden kann.

Ursula Zybach: Sie hat eine andere Perspektive, da sie am Gegenhang aufgewachsen ist. Sie sieht das Projekt als Gesamtsicht. Sie kann sich den Voten auf Rückweisung anschliessen und dies aus folgenden Gründen. Erstens ist der Baukörper A mit einer Höhe von 16.8 m überdimensioniert. Das Gebäude kann kleiner gebaut werden, dies ist jedoch nicht sicher. Der Wunsch wäre, dass bei einer Rückweisung ein Gebäude geplant wird, welches sinnvoll dimensioniert wird. Ein Bauvolumen von 40'000 m³ ist enorm und eine Bauruine ist nicht wünschenswert. Zweitens stellt sich die Frage nach einer allfälligen Mehrwertabschöpfung. Dies wurde nicht gross diskutiert. Es wurde mit der Bauherrschaft vereinbart, dass sich diese mit einer relativ grossen Summe beim Bau des Kreisels beteiligen. Sie hätte gerne eine Begründung, wie man auf diese Lösung gekommen ist und warum dies nicht thematisiert wurde. Sie ist sich bewusst, dass bei einer Rückweisung, das Projekt verzögert und mit Zusatzaufwand verbunden ist. Für uns Bewohnerinnen und Bewohner sowie Besucherinnen und Besucher von Spiez ist es aber wichtig, dass dieses Projekt aus unserer Sicht stimmt und nicht aus Sicht des Kantons und der Behörden, welche nicht hier wohnen und arbeiten.

Irma Grandjean: Es wurde ausgeführt, dass es sich um einen maximalen Planungssperimeter handelt. Wenn die Überbauungsordnung angenommen wird, kann dieser Perimeter auch vollständig ausgenützt werden, ohne dass noch etwas daran geändert werden kann. Dieses Projekt kann so nicht angenommen werden. Es ist überdimensioniert und es gefällt ihr nicht. Es wäre eine Überbauungsordnung wünschenswert mit einem Dienstleistungszentrum, welches ästhetischer und kleiner gestaltet würde und sich besser in das Landschaftsbild einfügt.

Anna Büchi: Ein moderner Bau wäre besser anzuschauen, als das nicht sehr schöne Christliche Lebenszentrum. Sicherlich werden sich fast alle Touristen, welche Richtung Interlaken unterwegs sind fragen, was das für ein schöner, moderner Bau sei. Einige werden sicher anhalten und sich das Ganze anschauen. Es wäre deshalb gut, wenn diesem Projekt

zugestimmt werden könnte. Die Attikalösung würde nur den hintenliegenden Anwohnern etwas bringen und von vorne nicht wirken.

Urs Gurtner: Er stört sich daran, dass die gleichen Kreise, welche im grossen Stil Geld für die Bibliothek ausgeben wollen, hier Wirtschaft, Steuereinnahmen und Investitionen verhindern wollen. Sie massen sich an, mehr von der Sache zu verstehen, als Experten der OLK. Damit bekundet er Mühe. Wenn bei der Bibliothek das Volk entscheiden soll, dann sollte man bei diesem Geschäft ebenfalls konsequent sein und hier auch das Volk entscheiden lassen.

Franz Sennhauser: Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich hier nur um die Überbauungsordnung handelt und nicht um das Projekt. Mit Fachleuten wird ein Projekt erarbeitet, welches für Spiez wegweisend sein wird. Dieses wird auch bezüglich Gestaltung und Feinstrukturierung stimmen. Dem Wunsch der Anwohner kann im Projekt entsprochen werden. Es ist zu hoffen, dass das Geschäft trotzdem angenommen wird. Im Baubewilligungsverfahren ist es immer noch möglich, Einsprachen einzureichen.

Stefan Kocherhans: Heute ist einmal das Votum gefallen, dass man einmal ein wenig Mut haben sollte. Bei dieser Überbauungsordnung braucht es auch seitens der Bauherrschaft einen gewissen Mut. Zu der von Andreas Bürki aufgeworfenen Frage betreffend Profilierung der Höhe des Gebäudes A vor der Abstimmung, kann ausgeführt werden, dass wohl erst nach der Baueingabe profiliert werden muss. Er kann sich nicht vorstellen, dass dies bereits vor der Abstimmung gemacht werden kann. Eine Änderung der Überbauungsordnung, wie dies von Franz Sennhauser mit dem Attikageschoss vorgeschlagen wird, müsste zuerst wieder von allen Instanzen geprüft und genehmigt werden. Es ist nicht möglich, jetzt noch Korrekturen vorzunehmen. Man kann immer über Ästhetik und Form diskutieren. Das erste Projekt war zwar schön, wurde aber vom Kanton als nicht genehmigungsfähig taxiert. Wir können dem Kanton kein Projekt vorlegen, welches nicht genehmigungsfähig ist. Das vorliegende Projekt erfüllt diese Kriterien. In diesem Sinne ist der Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Abstimmung

- Der Antrag auf **Rückweisung** wird **mit grossem Mehr abgelehnt**.

Beschluss (mit 24 : 7 Stimmen, bei 5 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27 c) und 40.2 der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Überbauungsordnung Nr. 2.21.1 Bären Spiezwiler mit Zonenplanänderung wird zuhanden der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 zugestimmt.
2. Die beiden unerledigten Einsprachen werden zuhanden der Genehmigungsbehörde zur Ablehnung beantragt.
3. Das Ratsbüro GGR wird ermächtigt, die Urnenbotschaft abzufassen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Verabschiedung Heinz Bercher

Heinz Bercher hat auf den 28. Februar 2006 seine Demission als Mitglied des GGR eingereicht. Er ist seit dem Jahr 2000 dabei und hat uns als wortgewaltiger Redner und mit viel schauspielerischem Talent bewegt und unterhalten. Mit seinen pointierten Voten hat er aber nicht nur unterhalten, sondern auch klare politische Bekenntnisse abgegeben. Mit Heinz Bercher geht ein spannender Redner verloren. Leider muss er mit einer nicht befriedigenden Einfachen Anfrage den Rat verlassen. Trotzdem wird ihm für die engagierte Arbeit bestens gedankt. Für die Zukunft wird ihm alles Gute gewünscht

Als Dank wird ihm eine gravierte Wein-Karaffe überreicht.

Heinz Bercher wird zwar mit einer nicht befriedigenden Einfachen Anfrage verabschiedet, hat aber ein historisches Ereignis mit der einstimmigen Annahme seines Ordnungsantrages für eine Pause miterlebt. Dies ist ein würdiger Abschluss. Er dankt allen, die ihm immer wieder zugehört haben, insbesondere denen, die ihm auf die Füsse getreten sind. Dies hat ihn weitergebracht. Bei denjenigen, welchen er auf die Füsse getreten ist, möchte er sich keinesfalls entschuldigen, da er dies absichtlich gemacht hat. Er hofft, dass nicht gerade ein Dankesgottesdienst abgehalten wird, nur weil er nicht mehr dabei sein wird.

Schluss der Sitzung um 22.25 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

U. Nyffenegger

A. Zürcher

Spiez, 6. März 2006/az